

SUEZ-KANAL

Etwas Dummes

In den Häfen Ägyptens riefen vergangene Woche die Sirenen der Kriegsschiffe alle Mannschaften an Bord. Während Sonderbefehle des ägyptischen Verteidigungsministeriums die Luftwaffe der Vereinigten Arabischen Republik in erhöhte Alarmbereitschaft versetzten, zeternte Staatschef Nassers Sprachrohr „Al Gumhuriya“: „Die Israelis wollen wieder los schlagen!“

Israel befinde sich, so behauptete die ägyptische Zeitung „Al Akhbar“, in „einem derartigen Zustand von Verzweiflung und Verwirrung, daß es leicht etwas Dummes unternehmen könnte“. Die Nachrichten aus Israel erweckten in der Tat den Anschein, als befände sich das Kabinett David Ben-Gurions in einer besonders aggressiven Stimmung:

- ▷ Die Sprecher der israelischen Regierung drohten, jedes ägyptische Schiff in israelischen Gewässern werde aufgebracht werden.
- ▷ Sorgfältig dosierten Indiskretionen der israelischen Presse war zu entnehmen, daß der jüdische Staat beabsichtige, einen Krieg gegen die ägyptische Handelschiffahrt im gesamten Mittelmeer zu eröffnen.
- ▷ Die Operationen der israelischen Marine im östlichen Mittelmeer veranlaßten Kairo, den Schiffverkehr zwischen Ägypten und dem syrischen Gliedstaat der Vereinigten Arabischen Republik einzustellen.

Die Meldungen aus Kairo und Jerusalem beunruhigten den Uno-Generalsekretär Hammarskjöld, der daraufhin erwog, eine von ihm seit Wochen geplante Nahost-Reise früher als vorgesehen anzutreten. Er will durch Verhandlungen mit Staatschef Nasser erreichen, was auch die kriegerischen Gesten der Israelis bezwecken: dem jüdischen Staat die freie Fahrt durch den Suez-Kanal zu sichern.

Diese Wasserstraße ist israelischen Schiffen seit dem jüdisch-arabischen Krieg von 1948 verspermt. Obwohl die Vereinten Nationen den Präsidenten Nasser wiederholt aufgefordert haben, auch den Israelis jene freie Durchfahrt zu konzedieren, die 1888 in der sogenannten Konvention von Konstantinopel allen Handelsnationen eingeräumt wurde, bleibt Nasser bei seiner Weigerung.

Der pan-arabische Diktator beruft sich dabei gerade auf diese Konvention, deren Artikel 10 Ägypten das Recht einräumt, seine Interessen gegenüber einem Staate wahrzunehmen, mit dem es sich im Kriegszustand befindet. Für die ägyptischen Völkerrechtler ist nämlich Israel noch immer ein Kriegsgegner — trotz des Waffenstillstands von Rhodos, der 1949 den jüdisch-arabischen Krieg praktisch, aber nicht juristisch beendete.

Dem Kairoer Führer gefiel es freilich lange Zeit, die Israelis zumindest unter falscher Flagge an den Vorzügen der Suez-Wasserstraße teilhaben zu lassen. So durften fremde Schiffe mit israelischer Ladung den Kanal weiterhin passieren. Im Februar 1959 ließ aber Nasser auch diese Konzession fallen: Als der liberianische Frachter „Capetan Manolis“ in Port Said aufkreuzte, zwangen die ägyptischen Behörden den Kapitän, seine israelische Zementladung auszuliefern.

Rasieren reizt die Haut

darum

TARR nach jeder Rasur

Ob Sie sich naß oder trocken rasieren, ob Sie es spüren oder nicht: Rasieren greift nun einmal die Haut an! Tun Sie etwas dagegen, beruhigen Sie die Haut mit TARR. Nur ein paar Tropfen TARR nach jeder Rasur, das glättet die Haut, macht sie geschmeidig und erfrischt herrlich. Darum — erst rasieren, dann TARR.

DM 1,50 DM 2,75 DM 4,50 ...
und in eleganter Geschenckpackung.



TARR wirkt männlich.
TARR schafft jene Atmosphäre, die auch Frauen so sehr schätzen.

... bemerkenswert, wer sich mit **TARR** pflegt

Premier Ben-Gurion alarmierte daraufhin seine amerikanischen Freunde und bat sie, bei Nasser vorstellig zu werden. Doch die Amerikaner, froh über die jüngste anti-kommunistische Wendung des Schaukelkünstlers Nasser, zeigten wenig Eifer, den Mann am Nil unnötig zu verärgern. Washington begnügte sich mit der Andeutung des ägyptischen Außenministers Fausi, israelische Ladungen dürften wieder passieren.

Israel nahm Kairo sofort beim Wort. David Ben-Gurion inszenierte Ende Mai ein diplomatisches Manöver, das in erster Linie bezweckte, Israel das Recht zur Benutzung des Kanals zu garantieren. Der skeptische Beurteiler ägyptischer Äußerungen legte jedoch sein Manöver so an, daß es im Falle eines neuen ägyptischen Boykotts

- ▷ die enge Verquickung arabischer Politik mit sowjetischen Weltmachtzielen demonstrieren und dadurch
- ▷ die Beziehungen zwischen Kairo und Washington erschüttern mußte.

Die Israelis trugen denn auch dafür Sorge, die amerikanischen Interessen in ihre Testaktion hineinzuziehen. Zum Demonstrationsschiff für die Freiheit des Suez-Kanals erkor sich die Jerusalemer Regierung den dänischen Frachter „Inge Toft“, dessen Schwesterschiff „Birgit Toft“ schon einmal die Durchfahrt mit israelischer Ladung gelungen war. Aus optischen Gründen ließen die Israelis die „Inge Toft“ von einer amerikanischen Firma chartern: der in New York ansässigen „United Mediterranean Agency“, die allerdings von der israelischen Schiffahrtsgesellschaft Zim kontrolliert wird.

Die Israelis wählten für ihre Aktion zudem einen nutzbringenden Augenblick aus: Zur selben Stunde, da Ägypten mit dem amerikanischen

Weltbankpräsidenten Black über Kredite für die Erweiterung des Suez-Kanals verhandelte und mithin zu besonderer Zurückhaltung verpflichtet zu sein schien, rüstete Israels Regierung die amerikanisch-dänische „Inge Toft“ für ihren Vorstoß in den Kanal Nassers aus. Während 5000 Tonnen Zement und Kali im Bauch des Frachters verschwanden, wurde ein Heer von Reportern aufgeboten, das Interesse der Öffentlichkeit für das jüdische Vorpostenboot wachzuhalten.

Dann legte der Frachter vom Kai in Haifa ab und stampfte der neuen Krise entgegen. Gespannt verfolgten die Israelis den Weg des Schiffes. Radio Israel gab stündlich den Standort der „Inge Toft“ bekannt und berechnete die Meilen, die das Schiff noch bis zu dem ägyptischen Hafen zurücklegen mußte. Am Pier von Port Said aber standen schon die Zöllner Gamal Abd el-Nassers, bereit, die israelische Ladung zu beschlagnahmen.

Die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik ließ am 21. Mai die „Inge Toft“, da der Kapitän die Auslieferung der israelischen Ladung verweigerte, im Hafen von Port Said festhalten, und die amerikanische Botschaft mußte notgedrungen einen Protestschrift bei Nasser vorbereiten. „Israels Vorgehen droht mit einem Schlag die so sorgfältig genährten und verbesserten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Vereinigten Arabischen Republik zu zerstören“, kabelaerte der Kairoer Korrespondent der „New York Herald Tribune“ seiner Heimatredaktion.

Indes, die weltweite Empörung über „Nassers Piratenstück“ (so ein Sprecher der israelischen Regierung) blieb aus. Die Kreditverhandlungen zwischen Kairo und der Weltbank wurden keineswegs gestört. Im Gegenteil — die amerikanische Diplomatie verstärkte ihre Bemühungen, Ben-Gurion von weiteren Manövern gegen Kairo abzubringen.

Vor allem versuchten die US-Diplomaten, dem hartnäckigen Regierungschef Israels die Idee auszureden, mit der Frage der



Terror-Akt* im Morgengrauen: Weder Aufstand noch Krieg?

Benutzung des Suez-Kanals vor den Sicherheitsrat der Uno zu gehen. Denn genau dies ist die Chance, auf die Sowjetpremier Chruschtschew wartet: Die Sowjets könnten durch ein Veto im Sicherheitsrat die Erörterung des für Nasser so peinlichen Problems verhindern und damit vor aller Welt die unerschütterliche Freundschaft zwischen Arabern und Russen demonstrieren.

Den Amerikanern ist aber auch bekannt, daß Ben-Gurion auf eine Uno-Debatte nur dann verzichtet, wenn Nasser zu einem Kompromiß bereit ist, und sei er noch so fadenscheinig. Amerikanische Uno-Diplomaten wollen denn auch schon wissen, daß Dag Hammarskjöld einen Vorschlag bereit hält, der es David Ben-Gurion erlauben wird, bei den bevorstehenden Parlamentswahlen in Israel als bester Verfechter jüdischer Interessen aufzutreten.

FRANKREICH

ALGERIEN-KRIEG

Findet nicht statt

Am 25. August 1958, morgens 2.30 Uhr, rissen Bombenexplosionen und Pistolenschüsse Frankreichs Bürger aus dem Schlaf. In dem Mittelmeerhafen Marseille sowie in über zwanzig anderen Orten standen riesige Öllager in Flammen. Gleichzeitig wurden Polizeistationen, Munitionsdepots und Rüstungsfabriken angegriffen. Es gab Tote und Verwundete. Die algerischen Rebellen hatten ihre Drohung wahr gemacht und den seit vier Jahren in Nordafrika schwelenden Krieg mit einer Welle sorgfältig vorbereiteter Sabotage-Akte in das französische Mutterland getragen.

Mit den Ereignissen jener Nacht hatte sich jüngst das Handelsgericht von Narbonne zu beschäftigen; denn damals brannten auch die Tanks der Petroleum-Gesellschaft „Purfin“ im benachbarten Port-La-Nouvelle. Sie enthielten über drei Millionen Liter Treibstoff, die durch den Sabotage-Akt der algerischen FLN (Nationale Befreiungsfront) vernichtet wurden.

Der in Port-La-Nouvelle entstandene Schaden wurde später mit 130 284 120 Franc (etwa 1,1 Millionen Mark) beziffert, doch 34 Versicherungsgesellschaften weigerten sich, ihn zu ersetzen. Was die Direktoren der Purfin eine „gewöhnliche Brandstiftung“ nannten, war für die Versicherungen eine Kriegshandlung, die sie von allen Leistungen entband.

Die Handelsrichter von Narbonne standen damit vor einer kniffligen Aufgabe. Sie sollten eine Entscheidung fällen, die Frankreichs höchste politische Instanzen bisher vorsichtig umgangen hatten: Ist der Kampf der algerischen FLN — juristisch gesehen — ein Krieg oder nicht?

Ihr salomonischer Spruch lautete: „Es ist nicht möglich, davon zu sprechen, daß ein solcher Tatbestand (Krieg oder Bürgerkrieg) zur Zeit des Anschlags in Port-La-Nouvelle oder der Umgebung erfüllt gewesen sei.“

Einer Beurteilung der Ereignisse in Algerien war das Provinz-Gericht damit behutsam ausgewichen. Für das offizielle Frankreich fihdet in Nordafrika — weil „nicht sein kann, was nicht sein darf“ — seit fünf Jahren kein Krieg, sondern eine Revolte statt. Zwar bindet diese „Revolte“ eine französische Armee von 500 000 Mann und hat die algerischen Rebellen bisher etwa 50 000 Tote gekostet, doch sind diese Ziffern für Frankreichs Regierung ebenso wenig entscheidend wie die Tatsache, daß die Truppen der FLN uniformiert auftraten.

Die juristische Formel von der Revolte würde die französische Regierung vermutlich erst dann aufgeben, wenn es ihr gelänge, ihre Verbündeten davon zu überzeugen, daß in Algerien ein kommunistisch dirigierter „Angriff von außen“ im Gange ist. Damit wäre für die Nato der „Verteidigungsfall“ — also die Notwendigkeit militärischer Unterstützung Frankreichs — gegeben, weil die nordafrikanischen Departements, staatsrechtlich ein Teil des Mutterlandes, zu den in die Allianz einbezogenen Gebieten gehören.

Während die französische Umgangssprache längst den „Krieg in Algerien“ kennt — auch den Narbonner Handelsrichtern ist diese Vokabel in ihre Urteilsbegründung geraten —, nimmt die Regierung mancherlei Ungemach in Kauf, um eine Sprachregelung aufrechtzuerhalten,

* Brennende Öltanks in Port-La-Nouvelle am 25. August 1958.